

Vertrauen durch Verantwortung – Die Funktion des privaten Eigentums

Otto Depenheuer

I. Die Finanzkrise – Herausforderung und Chance

Die Deutsche Stiftung Eigentum verfolgt das Ziel, die freiheitsverbürgende Idee, ordnungspolitische Bedeutung und verfassungsrechtliche Garantie des privaten Eigentums im steten Bewußtsein der Akteure in Staat und Gesellschaft zu halten. Sie tut dies im Bewußtsein, daß mit der Mißachtung des privaten Eigentums regelmäßig und notwendig auch die Freiheit des Bürgers in Gefahr gerät. Gegner hat das private Eigentum freilich stets gehabt: die weiland vergangene Ideologie des Sozialismus basierte auf dem Gegenentwurf zum privaten Eigentum – der Idee des Gemein- oder Volkseigentums – und hat sich damit derart gründlich moralisch wie wirtschaftlich blamiert, dass den überlebenden Protagonisten des Sozialismus nicht einmal zur desaströsen Finanzkrise des Kapitalismus eine überzeugende Antwort und Alternative einfallen will.

Doch die politische Sprachlosigkeit der Gegner des privaten Eigentums und einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung kann – zumal sie nicht ewig dauern wird – wenig beruhigen. Wenn sich das eigentumsbasierte kapitalistische Wirtschafts- und Finanzsystem nicht selbst ökonomisch, politisch und moralisch entlegitimieren will, müssen die strukturellen Ursachen dieser Finanzkrise ordnungspolitisch wie ökonomisch schonungslos analysiert werden. Darin liegen Herausforderung wie Chance gleichermaßen. Ziel dieses Symposions ist vor diesem Hintergrund, auf der Basis der grundgesetzlichen Eigentumsverfassung Integrität und Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems langfristig und grundsätzlich zu sichern.

II. Krisenbewältigung und Strukturreformen

Aus der Perspektive des privaten Eigentums müssen die zahlreichen staatlichen Maßnahmen zur kurzfristigen Bewältigung der Krise und Stabilisierung der Märkte keine prinzipielle Sorge bereiten. Man mag über die sachliche Gebotenheit des Gesetzes zur Ermöglichung der Enteignung der HRE-Bank geteilter Meinung sein; aber eines sollte jedem klar sein. Diese Form der Bewältigung einer existentiellen Ausnahmesituation bietet nun wirklich keinen

Anlaß, eine ordnungspolitische Grundlagendiskussion um das private Eigentum zu beginnen. Es zeugt von – milde ausgedrückt – nicht allzu ausgeprägter Urteilkraft, wenn man nicht unterscheiden kann oder nicht unterscheiden will zwischen Maßnahmen, die im ordnungspolitischen Rahmen einer normal funktionierenden, freiheitlichen Marktwirtschaft ergehen, und solchen, die zum Ziel haben, den Zusammenbruch dieses ordnungspolitischen Rahmens zu verhindern. In der Ausnahmelage gelten nun einmal andere Gesetze als in der Normallage.

Allerdings hat die gegenwärtige Finanzkrise und ihre Begleitumstände Eines zweifelsfrei gezeigt: man kann die Idee des privaten Eigentum und einer freiheitlichen Marktwirtschaft auch von Innen heraus ruinieren. Mehr noch: man kann das gesamte wirtschaftliche und politische System dadurch gefährden, daß man die legitimationsvermittelnde Idee und disziplinierende Funktion des privaten Eigentums marginalisiert oder gar gänzlich aufhebt. Worin aber besteht diese zentrale Idee und Vorbildfunktion des privaten Eigentums, deren Mißachtung die Entstehung der Krise erklären und die zu ihrer Bewältigung fruchtbar gemacht werden kann und muß?

III. Zuständigkeit – Verantwortung – Haftung

Wie alle grundrechtlichen Freiheiten gewährt auch die Garantie des privaten Eigentums in Art. 14 des Grundgesetzes dem einzelnen Bürger eine Kompetenz. Kompetenz bedeutet Zuständigkeit, Zuständigkeit entbindet Verantwortung, Verantwortung realisiert sich in persönlichen Verdienst, aber auch persönlicher Haftung. Aus mit Haftungsrisiko sanktionierter Eigentümerverantwortung erwächst strukturelles Vertrauen in der Gesellschaft ebenso wie im Markt. Wer auf eigene Rechnung handelt, wägt Chancen und Risiken deutlich sorgfältiger ab, als derjenige, der auf fremde Rechnung handelt. Diese „*diligentia quam in suis*“, die „Sorgfalt in eigenen Angelegenheiten“ ist mit dem Eigentumsrecht geradezu naturwüchsig verbunden. Damit ist schon die Heilwirkung benannt, die dem Begriff des privaten Eigentums immanent ist und die zur Bewältigung der Finanzkrise wieder fruchtbar gemacht werden muß: Eigentum diszipliniert.

Wird der Dreiklang „Kompetenz – Verantwortung – Haftung“ nämlich – vorsätzlich oder fahrlässig – aufgehoben oder durchbrochen, kann man die Folgen mit geradezu mathematischer Präzision vorhersagen. Denn werden Kompetenzen und Verantwortungsbereiche geteilt und gebündelt, vermischt und übertragen, dann werden Zuständigkeiten unklar, Verantwortung unsichtbar, Haftung nicht mehr realisierbar und im Ergebnis Vertrauen ruiniert. Ein System von organisierter Unverantwortlichkeit aber setzt auf Dauer seine Legitimation aufs Spiel. Das gilt übrigens nicht nur für die Finanzmärkte, sondern auch und erst recht für das politische System. Auch dort ist der gleiche

Befund festzustellen und erklärt den ebenso signifikanten wie gefährlichen Glaubwürdigkeitsverlust der Politik. Die Korrelation von Zuständigkeit, Verantwortung und Haftung erklärt auch, warum – bis heute und aufs Ganze gesehen – die Privatbanken deutlich besser als die Geschäftsbanken und diese signifikant besser als die öffentlich-rechtlichen Landesbanken durch den Strudel der Finanzkrise gekommen sind.

Die Krise ist in Entstehung und Dimension nicht denkbar ohne fortgesetzte Verstöße gegen den unteilbaren Zusammenhang von „Kompetenz – Verantwortung – Haftung“. Diejenigen, die riskant handeln und dafür Boni in z.T. erstaunlicher Höhe einstreichen, tragen kein persönliches Risiko: „Haften tun die anderen“ – und das ist die staatliche Gemeinschaft, d.h. der Steuerzahler. Das böse Schlagwort von der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste rührt an die Wurzeln eines auf privatem Eigentum basierenden Wirtschaftssystems. Es ruiniert die freiheitliche Ordnung an ihrer empfindlichsten Stelle: der moralischen Glaubwürdigkeit als der notwendigen Bedingung für ihre prinzipielle Akzeptanz durch die Bevölkerung, die auch Krisenzeiten zu überstehen in Lage ist.

IV. Rückbesinnung auf die Ordnungsidee des Eigentums

Die Rückbesinnung auf die Ordnungsidee des Eigentums vermag indes auch Wege aus der Krise zu weisen. Ich belasse es bei einigen wenigen Stichworten:

- Allgemein: die Wiederherstellung, Wahrung und zumindest auch symbolische Realisierung des Konnexes von Freiheit und Risiko sowie Verantwortung und Haftung gehört zu den dringlichsten politischen Aufgaben aller beteiligten Kreise im Kontext der Finanzkrise. Das bedeutet konkret:
- Ansprüche von Eigentümern, Anlegern und Beschäftigten einer staatlich gestützten Bank können nicht einfach so bedient werden, als wäre außer dem staatlichen Mittelzufluß nichts gewesen. Stichwort: „Bonuszahlungen aus Steuergeldern“. Insoweit muß klar sein: Notleidende Banken werden vom Staat nicht um ihrer selbst willen gerettet, sondern nur um der Stabilität des Finanzsystems willen. Nur deswegen ist der Einsatz von Steuergeldern überhaupt politisch wie verfassungsrechtlich zu rechtfertigen. Daher müssen sich solche Ansprüche gegen eine solche Bank im Ansatz danach bemessen, was sie ohne die staatliche Rettung des an sich insolventen Unternehmens noch wert wären: Hinweise dafür kann man der Insolvenzordnung und den Besoldungstabellen des öffentlichen Dienstes entnehmen.
- Systemische Bank zu sein hat seinen Preis. Banken, die aus Gründen der Stabilität des Finanzmarktes nicht untergehen dürfen und deswegen stillschweigend schon immer die staatliche Gewährsträgerhaftung in der Tasche haben – was wir allerdings erst seit kurzem wissen –, werden sich

dieser Qualität als systemisches Unternehmen nur in begrenzter Weise erfreuen können und dürfen. Denn unvermeidliches Korrelat und Konsequenz einer staatlichen de-facto-Gewährsträgerhaftung, d.h. einer staatlichen Sicherheitsgarantie, werden intensivere staatliche Überwachung, strengere Regulierung, weiterreichende Informationspflichten und Begrenzungen bei der Eingehung von Risiken sein müssen.

- Die Gründung von Bad Banks mag aus Gründen der Vertrauensbildung auf den Finanzmärkten notwendig sein. Wie immer sie konkret ausgestaltet werden, im Ergebnis darf ihre Gründung und die Auslagerung der Risiken nicht zu einer prinzipiellen Haftungsverlagerung zu Lasten der Steuerzahler führen.

Ich breche ab und fasse zusammen: es gibt und es muß privates Eigentum geben, damit Verantwortung zugerechnet und Haftung realisiert, d.h. Gewinn und Verlust einem konkreten Verantwortungsträger persönlich zugerechnet werden kann. Das ist die notwendige Bedingung für die Entstehung von erneutem strukturellem Vertrauen in das Finanzsystem. In dieser vertrauensbildenden Kraft liegt die ordnungspolitische Funktion der Gewährleistung privaten Eigentums. Diese Kraft zu stärken, darin liegt das vornehmste Anliegen der Deutschen Stiftung Eigentum, und zu diesem Zwecke haben wir zu diesem Symposium geladen. Ich wünsche uns allen ertragreiche und wegweisende Erkenntnisse.



<http://www.springer.com/978-3-642-00229-8>

Eigentumsverfassung und Finanzkrise

Depenheuer, O. (Hrsg.)

2009, VIII, 74 S., Hardcover

ISBN: 978-3-642-00229-8